

# exCHAINS



*Internationale Solidarität zwischen Beschäftigten entlang der Textil-, Bekleidungs- und Einzelhandelskette*

## *Indien: Gewerkschaften protestieren gegen Arbeitsrechtsreform und Einschränkung der Gewerkschaftsfreiheit*

„Die jüngsten Reformen sind ein Angriff auf die Gewerkschaftsbewegung“, schreibt Gautam Mody, Generalsekretär des Gewerkschaftsverbandes NTUI in einem Gastbeitrag für The Hindu, einer der wichtigsten Tageszeitungen in Indien. Dieser Tage steht eine der größten Arbeitsrechtsreformen der letzten Jahre zur Debatte. Zwar gab es seit der Neoliberalisierung der indischen Wirtschaft ab 1991 immer wieder Einschränkungen der Rechte von Beschäftigten und der Gewerkschaften, doch dieses Mal steht deren Existenz und das Recht auf gewerkschaftliche Organisation überhaupt auf dem Spiel. Deswegen rufen die großen parteinahen indischen Gewerkschaftsverbände, wie z.B. INTUC, AITUC und CITU, aber auch parteiunabhängige Gewerkschaftsverbände, wie die NTUI am 26.11.2020 zu einem erneuten Generalstreik gegen die Reform der Arbeitsgesetze durch die BJP-Regierung auf. Es geht darum, die erneuten Angriffe auf die Rechte der Arbeiter:innen und Gewerkschaften abzuwehren, die die extrem rechte Regierung inmitten der gegenwärtigen Krise gestartet hat.

### **Die geplanten Reformen: Angriffe auf Arbeitsbedingungen und auf Gewerkschaftsrechte**

Die Regierung unter Premierminister Narendra Modi plant seit langem eine Veränderung der Arbeitsgesetze. Die Regierung strebt unter anderem Deregulierungen im Arbeits- und Gesundheitsschutz an, will Werkverträge erleichtern, die Mindestlohngesetzgebung aufweichen und auf einen Tag befristete Arbeitsverträge einführen. Zusätzlich zu diesen Verschlechterungen will die Regierung auch die Gesetzesgrundla-



In den vergangenen Monaten kämpften Beschäftigte für bessere Arbeitsbedingungen und gegen die Auswirkungen der Corona-Pandemie. ...

gen, auf denen die Gewerkschaftsarbeit ruht, verändern. Die Gewerkschaftsarbeit in Indien wird bislang durch den Trade Union Act und durch den Industrial Disputes Act geregelt. Darin wird unter anderem geregelt, unter welchen Bedingungen Gewerkschaften gegründet und registriert werden können. Bislang konnte eine Gewerkschaft ihre Registrierung nur unter bestimmten Bedingungen verlieren, z.B. wenn sie undemokratisch organisiert war oder der Vorstand Mitgliedsbeiträge veruntreute. Doch dies soll nun geändert werden: Im neuen Industrial Relations Code (etwa Gesetz über industrielle Beziehungen) steht, dass Gewerkschaften ihre Registrierung nun bei Zuwiderhandlung gegen das Gesetz verlieren können. Das neue Gesetz regelt u.a. auch Tarifverhandlungen und Arbeitskämpfe.

### **Schwammiger Paragraf stellt Gewerkschaften infrage**

„Dieser Paragraf ist vage und verschiebt das Kräfteverhältnis vollends in Richtung

der Unternehmen“, schreibt Mody weiter. Der Verlust der Registrierung bedeutet, dass Streiks für illegal erklärt werden können, dass Beschäftigte nicht mehr durch ihre Gewerkschaft vor Gericht und im Betrieb vertreten werden dürfen und Gewerkschafter:innen ihren gesetzlichen Schutz verlieren. Bislang schützte sie der Trade Union Act beispielsweise vor Anklagen wegen Verschwörung gegen das Unternehmen, wenn sie sich kollektiv organisierten. All das steht nun infrage. Damit sind die neuen Gesetze auch eine Gefahr für die Demokratie in Indien. Gewerkschaftliche Organisation wird kriminalisiert und das Recht auf freie gewerkschaftliche Betätigung ist in Gefahr. Für Mody zeigt das: „Kapitalismus braucht keine Demokratie zum Funktionieren. Aber die Gewerkschaften und Arbeiter:innen sind auf demokratische Rechte angewiesen. Ohne sie gibt es keine Arbeiter:innenbewegung“.



... Nun verteidigen sie ihre Gewerkschaftsrechte.